



Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1984

Die Lage der Weltwirtschaft	515
Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland	521

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 43/84

Berlin

25. Oktober 1984

51. Jahrgang

Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1984

Beurteilung der Wirtschaftslage durch folgende Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V., Essen:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
(Institut für Konjunkturforschung)

HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung - Hamburg

IFO-Institut für Wirtschaftsforschung, München

Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel

Rheinisch-Westfälisches Institut
für Wirtschaftsforschung, Essen

Abgeschlossen in Hamburg am 19. Oktober 1984

Die Lage der Weltwirtschaft

Überblick

Die konjunkturelle Aufwärtstendenz in der Weltwirtschaft hat im Sommerhalbjahr 1984 an Schwung verloren. In den USA ist das Tempo des — zuvor überaus kräftigen — Aufschwungs geringer geworden. Damit wurden die Impulse für die übrige Welt schwächer. In Westeuropa, wo viele Volkswirtschaften noch mit erheblichen Anpassungs- und Stabilisierungsproblemen kämpfen, haben im Laufe des Jahres die internen Auftriebskräfte tendenziell ebenfalls nachgelassen;

in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien wurde die Entwicklung zusätzlich durch Arbeitskämpfe belastet. In Japan hat sich die Inlandsnachfrage dagegen belebt. Die Expansion des Welthandels flachte sich mit der konjunkturellen Beruhigung in den Industrieländern deutlich ab.

Im Verlaufe dieses Jahres sind in vielen Ländern geld- und finanzpolitische Impulse abgeklungen. Dies zeigte sich besonders in der Entwicklung des privaten Verbrauchs und des Wohnungsbaus: Der Anstieg des

privaten Konsums verlangsamte sich wieder, der Wohnungsbau ging vielfach sogar zurück. In den meisten Ländern ließen zudem die Lagerinvestitionen nach. Die gewerblichen Anlageinvestitionen nahmen indes in den USA und Japan kräftig zu, aber auch in den westeuropäischen Ländern stiegen sie spürbar.

Die Arbeitslosigkeit ist in den USA seit dem Frühsommer nicht weiter gesunken. In den meisten westeuropäischen Volkswirtschaften hat sie sich sogar wieder erhöht. Bei der Inflationsbekämpfung wurden demgegenüber weitere Erfolge erzielt. Auf den internationalen Rohstoffmärkten gingen die Preise nicht nur unter dem Einfluß eines schwächeren Anstiegs der Nachfrage, sondern auch infolge eines reichlichen Angebots zurück.

Die Geldmenge expandiert in den meisten Industrieländern seit Mitte 1983 deutlich langsamer. Ihre zuvor überaus rasche Ausweitung war mit auf Dauer niedrigen Inflationsraten nicht zu vereinbaren. Die monetäre Expansion wurde in Westeuropa auch deshalb stark gebremst, weil viele Zentralbanken versuchten, den Abwertungstendenzen der Währung ihres Landes gegenüber dem Dollar entgegenzuwirken. Die finanzpolitischen Nachfrageimpulse sind ebenfalls schwächer geworden, in den USA mit dem Abschluß der zur Verbesserung der Wachstumsbedingungen vorgenommenen Steuersenkungen, in einigen westeuropäischen Ländern mit dem Auslaufen nachfragegestützender Maßnahmen.

Die Zinsen stiegen in den USA bis zum Sommer deutlich an, weil sich nach der staatlichen auch die private Kreditnachfrage im Zuge des Aufschwungs kräftig erhöht hatte. In letzter Zeit hat die private Verschuldung langsamer zugenommen, zumal die Inflation recht mäßig blieb. In den meisten anderen Ländern zogen die Zinsen 1984 zwar nicht an, sie blieben aber, gemessen an der konjunkturellen Situation und an der Preisentwicklung, recht hoch. Teilweise wirkten sich hier die noch hohen staatlichen Defizite und eine knappe Geldversorgung aus, teilweise aber auch der Sog des amerikanischen Finanzmarktes.

Für die nächste Zeit zeichnet sich in den USA keine wesentliche Änderung der wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen ab. Die Zentralbank dürfte schon deshalb an dem bisherigen Kurs festhalten, weil sie sich wohl nicht dem Verdacht aussetzen möchte, das hohe Haushaltsdefizit letztlich doch über Geldschöpfung zu finanzieren und damit die stabilitätspolitische Orientierung aufzugeben. Zu einer Verringerung des Staatsdefizits wird es vermutlich auch nach den Wahlen nicht so bald kommen. Gleichwohl ist bei der Verlangsamung des Aufschwungs ein gewisser konjunktureller Zinsrückgang in den USA zu erwarten. Damit nimmt die Wahrscheinlichkeit zu, daß sich die Aufwertung des US-Dollars nicht fort-

setzt, sondern sich eher eine Abwertungstendenz ergibt. Dann kann auch mit einer wieder mehr potentialgerechten Geldpolitik in anderen Ländern gerechnet werden. Insbesondere in Volkswirtschaften mit ausgeprägten Fortschritten bei der Eindämmung der Inflation und der Konsolidierung der Staatsfinanzen werden die Zinsen voraussichtlich nachgeben.

Ein Rückgang des Zinsniveaus auf den internationalen Finanzmärkten wäre auch ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung der Lage vieler Entwicklungsländer. Allerdings wird deren außenwirtschaftliche Situation durch die Verlangsamung der konjunkturellen Expansion in den Industrieländern belastet. So steigen ihre Ausfuhrerlöse nun wieder erheblich langsamer, da die Nachfrage der Industrieländer nach Rohstoffen schwächer zunimmt und deren Preise vielfach nachgeben. Obwohl die Leistungsbilanzdefizite der ölimportierenden Entwicklungsländer insgesamt nicht mehr sehr viel höher sind als vor dem zweiten Ölpreisschub, wird sich die Bereitschaft der Banken, diesen Ländern weitere Kredite zu gewähren, vermutlich nur zögernd erhöhen. Die Verschuldungskrise wird also die Finanzmärkte weiterhin belasten.

Alles in allem zeichnen sich in den Industrieländern für die nächste Zeit keine neuen wirtschaftspolitischen Impulse für die Entwicklung von Nachfrage und Produktion ab. Allerdings sind auch keine Bremsmanöver zu erwarten, weil eine spürbare Beschleunigung des Preisauftriebs nicht angelegt ist. Die wirtschaftliche Entwicklung dürfte daher wieder mehr durch die fundamentalen Wachstumsbedingungen geprägt sein. Sie lassen in den USA weiterhin einen stärkeren Produktionsanstieg als in den meisten anderen Industrieländern erwarten; er dürfte indes nicht mehr über das Potentialwachstum hinausgehen. Ähnliches gilt für Japan, wenngleich hier die konjunkturelle Verlangsamung wohl nicht so ausgeprägt sein wird, da die Verringerung der externen Anregungen teilweise durch eine Belebung der Inlandsnachfrage ausgeglichen werden dürfte. Am schwächsten wird das wirtschaftliche Wachstum in Westeuropa sein; dabei spielt eine wichtige Rolle, daß die Verbesserung der Wachstumsbedingungen nur langsam vorankommt. Doch wird die Aufwärtsbewegung auch hier insgesamt anhalten; das Tempo dürfte aber nicht ausreichen, einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Diese Prognose ist, wie stets, mit Unsicherheiten behaftet. So besteht etwa das Risiko, daß es zu einer abrupten Abwertung des Dollars kommt und sich die reale Anpassung daran, möglicherweise von wirtschaftspolitischen Bremsmanövern in den USA verstärkt, unter erheblichen Friktionen vollzieht. Es ist andererseits nicht auszuschließen, daß die Fortschritte bei der Verbesserung der Wachstumsbedingungen unterschätzt werden und sich die Investi-

**Reales Bruttosozialprodukt und Verbraucherpreise
in den wichtigsten Industrieländern**
Veränderungen in vH gegenüber dem Vorjahr¹

	Gewicht in vH	Sozialprodukt			Verbraucherpreise		
		1983	1984	1985	1983	1984	1985
Bundesrepublik Deutschland	9,0	1,3	2,5	2,0	3,3	2,5	2,0
Frankreich	7,0	1,0	1,5	1,5	9,6	7,5	6,5
Großbritannien	6,1	3,2	2,0	2,0	4,6	5,0	6,0
Italien	4,8	-1,2	2,5	2,5	14,7	11,0	9,0
Niederlande	1,8	1,2	2,0	1,5	2,8	3,0	2,0
Schweiz	1,3	1,0	2,5	2,0	3,0	3,0	2,5
Schweden	1,3	2,3	3,0	2,0	9,0	8,0	7,0
Belgien	1,1	0,5	1,5	1,5	7,7	6,5	5,5
Österreich	0,9	2,1	2,5	2,5	3,3	6,0	4,0
Dänemark	0,8	2,9	3,5	2,5	6,9	6,5	5,5
Norwegen	0,8	3,2	2,5	2,0	8,4	6,0	6,5
Westeuropa ²	34,9	1,3	2,2	2,0	6,9	5,7	5,1
USA	44,8	3,7	7,0	3,5	3,2	4,5	5,0
Japan	15,8	3,0	5,5	4,0	1,9	2,0	2,5
Kanada	4,5	3,3	4,0	2,5	5,9	5,0	5,0
Insgesamt ²	100,0	2,7	4,9	3,0	4,4	4,6	4,6
nachrichtlich:							
Insgesamt ³		1,6	2,7	2,1	6,6	6,0	5,3

1) Für 1983 nach nationalen Angaben, für 1984 und 1985 geschätzt und auf halbe Prozent gerundet. - 2) Nur die aufgeführten Länder; Gewichtung gemäß Bruttosozialprodukt von 1983. - 3) Gewichtung nach Anteilen an der deutschen Ausfuhr von 1983.

tionsneigung und damit auch die gesamtwirtschaftliche Aktivität besser entwickelt als prognostiziert. Bei Abwägung der Möglichkeiten alternativer Verläufe wird indes der hier vorgelegten Prognose die größere Wahrscheinlichkeit eingeräumt.

Das reale Bruttosozialprodukt der Industrieländer insgesamt wird bei den dargestellten Konjunkturten- denzen im Jahre 1984 voraussichtlich um 5 vH höher sein als im Vorjahr und im Jahre 1985 um schätzungs- weise 3 vH steigen. Für den realen Welthandel zeich- net sich nach einem Zuwachs von 8 bis 9 vH in diesem Jahr ein Anstieg von rund 4 vH im nächsten Jahr ab. Die in diesen Raten zum Ausdruck kommende Ver- langsamung der konjunkturellen Expansion der Welt- wirtschaft hat sich indes bereits weitgehend im bis- herigen Verlauf des Jahres 1984 vollzogen; eine weite- re nennenswerte Abflachung ist nicht zu erwarten.

Aufschwung in den USA verlangsamt sich

Die konjunkturelle Expansion in den USA war bis zur Jahresmitte 1984 überaus stark; in den ersten an- derthalb Jahren des Aufschwungs stieg das reale Bruttosozialprodukt mit einer durchschnittlichen Jah- resrate von 7 vH. Diese Entwicklung war durch massi- ve Impulse von der Geldpolitik und durch Steuersen- kungen ausgelöst worden. Begünstigt wurde sie aber

auch dadurch, daß der Lohnanstieg bis in die jüngste Zeit recht mäßig blieb. Mit dem Abklingen der wirt- schaftspolitischen Impulse hat sich das Expansions- tempo in den letzten Monaten verlangsamt. Die Pro- duktion stieg deutlich weniger als zuvor, und die Be- schäftigung, die seit Beginn des Aufschwungs um 6 vH erhöht worden war, stagnierte. Die Arbeitslosen- quote, die Ende 1982 reichlich 10 1/2 vH betragen hat- te, sank bis zum Frühsommer auf 7 1/2 vH; seitdem nimmt sie nicht mehr ab.

Dank der massiven steuerlichen Entlastung und der günstigen Absatz- und Ertragsentwicklung haben die Unternehmen in diesem Aufschwung ungewöhnlich kräftig investiert. Von Ende 1982 bis Mitte 1984 nah- men die Ausrüstungsinvestitionen mit einer durch- schnittlichen Jahresrate von 20 vH zu; zuletzt ließ die Dynamik allerdings etwas nach. Der Wohnungsbau, der anfangs stark zur Erholung beigetragen hatte, neigt bereits seit einiger Zeit zur Schwäche. Dies ist vor allem auf den Anstieg der Hypothekenzinsen im ersten Halbjahr zurückzuführen. Auch der private Ver- brauch erhöhte sich im Sommer nicht mehr so zügig wie zuvor.

Bedingt durch die kräftige Aufwertung des Dollars ging der Anstieg der Importe weit über die Expansion der Inlandsnachfrage hinaus. Real waren sie im er- sten Halbjahr fast ein Drittel höher als vor Jahresfrist. Seit dem Frühjahr nimmt die Einfuhr aber schwächer zu. Die Exporte haben sich wieder leicht erhöht, ob- wohl die preisliche Wettbewerbsfähigkeit amerikani- scher Anbieter noch ungünstiger wurde. Vor allem stieg die Ausfuhr nach Europa, und der Rückgang der Exporte in die lateinamerikanischen Länder kam zum Stillstand. Das Handelsbilanzdefizit der USA hat wei- ter stark zugenommen; in den ersten acht Monaten dieses Jahres war es mit 84 Mrd. Dollar bereits deut- lich größer als im gesamten Jahr 1983.

Trotz des kräftigen Aufschwungs blieb der Kosten- und Preisanstieg bisher sehr gemäßigt. Stabilisierend wirkten sowohl die Verbilligung der Einfuhr durch die Aufwertung des Dollars als auch die anhaltend mode- raten Lohnabschlüsse. Die Erzeugerpreise veränderten sich im letzten halben Jahr kaum, und der Anstieg der Verbraucherpreise verringerte sich auf eine Jah- resrate von 4 vH.

Die Notenbank verfolgt seit etwa einem Jahr einen relativ stetigen Kurs, nachdem die monetäre Expan- sion zuvor heftig geschwankt hatte und die Geldmen- genziele häufig verfehlt wurden. Die Zielvorgabe für 1984, nach der M1 mit einer Rate zwischen 4 und 8 vH expandieren soll, wurde eingehalten; die Geldmenge bewegt sich seit einigen Monaten in der Mitte des Zielbandes. Nur im Frühjahr drohte die Vorgabe über- schritten zu werden, als sich die Notenbank durch die Schwierigkeiten einer Großbank veranlaßt sah, zu- sätzlich Liquidität zur Verfügung zu stellen.

Wiederholen sich derartige Fälle nicht, ist auf absehbare Zeit mit einer weiterhin moderaten Expansion der Geldmenge zu rechnen. Die Notenbank hat sich für das kommende Jahr ein etwas niedrigeres Ziel für M1 gesetzt (4 bis 7 vH). Sie dürfte auch keinen Anlaß für einen drastischen Kurswechsel in die eine oder die andere Richtung sehen, da weder mit einer ausgeprägten Konjunkturschwäche zu rechnen noch die Gefahr einer kräftigen Inflationsbeschleunigung groß ist.

Der Kurs der Finanzpolitik bleibt dagegen mit höherer Unsicherheit behaftet. Trotz des kräftigen Aufschwungs hat sich das Defizit des Bundes im Haushaltsjahr 1983/84 nur leicht ermäßigt, und im Jahr 1984/85 ist ein erneuter Anstieg nicht auszuschließen. Zwar werden Konsolidierungsschritte seit langem für erforderlich gehalten, doch hat sich die Haushaltspolitik bisher kaum geändert. Hier wird indes angenommen, daß nach den Wahlen Maßnahmen beschlossen werden, um die Defizite in den nächsten Jahren zurückzuführen und damit eine Zuspitzung der Haushaltsprobleme abzuwenden.

Die Produktion dürfte nun mit einem etwa dem Potentialwachstum entsprechenden Tempo steigen; die Zunahme des realen Bruttosozialprodukts wird sich 1985 gegenüber dem Vorjahr zwar halbieren, mit 3 1/2 vH aber noch beachtlich sein. Dabei wird die Arbeitslosigkeit nur noch leicht zurückgehen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird — unter der Annahme, daß es nicht wieder eine Entlastung durch eine Dollaraufwertung gibt — etwas stärker sein und im Jahresdurchschnitt 1985 etwa 5 vH betragen, nach 4 1/2 vH in diesem Jahr.

Anhaltender Aufschwung in Japan

Die konjunkturelle Expansion in Japan hat sich 1984 in raschem Tempo fortgesetzt. Das reale Bruttosozialprodukt nahm im ersten Halbjahr mit einer laufenden Jahresrate von 7 vH zu. Die kräftigsten Impulse gingen weiterhin von der Auslandsnachfrage aus; der Leistungsbilanzüberschuß schwoll dabei nochmals erheblich an. Die beträchtlichen Absatz- und Gewinnsteigerungen stärkten die Investitionsneigung, die gewerblichen Investitionen stiegen deutlich. Dagegen expandierte der private Verbrauch nach wie vor schleppend. Die Verbraucherpreise erhöhten sich dank einer unverändert auf Stabilisierung gerichteten Wirtschaftspolitik und moderater Lohnabschlüsse weiterhin nur wenig.

Die Anregungen durch die Auslandsnachfrage werden mit der Abschwächung des Aufschwungs in den USA nachlassen. Die konjunkturelle Entwicklung wird dann mehr durch die Inlandsnachfrage bestimmt werden. Die Investitionen werden auch angesichts der

kräftig erhöhten Kapazitätsauslastung ihren bisherigen Schwung beibehalten. Die Zunahme des privaten Verbrauchs dürfte sich etwas beschleunigen, da das verfügbare Einkommen aufgrund einer Ausweitung des Arbeitsvolumens und höherer gewinnabhängiger Bonuszahlungen rascher steigen wird. Obwohl so die Inlandsnachfrage verstärkt zunimmt, wird sich mit dem Nachlassen des Exportbooms der Produktionsanstieg verlangsamen. Das reale Bruttosozialprodukt wird 1984 voraussichtlich um 5 1/2 vH und 1985 um etwa 4 vH zunehmen. Der Preisanstieg wird gering bleiben und 1985 mit etwa 2 1/2 vH nur wenig stärker sein als in diesem Jahr. Der Leistungsbilanzüberschuß dürfte 1984 auf annähernd 35 Mrd. US-Dollar steigen und im nächsten Jahr kaum niedriger ausfallen.

Verhaltene Konjunkturerholung in Westeuropa

Nach der deutlichen Konjunkturerholung bis zum Frühjahr hat sich die Expansion in Westeuropa wieder verlangsamt. Allerdings wird die konjunkturelle Grundtendenz durch streikbedingte Einflüsse auf Nachfrage und Produktion vor allem in der Bundesrepublik Deutschland und in Großbritannien überlagert. Bei der insgesamt schwachen Expansion hielt der Anstieg der Arbeitslosigkeit an. Dagegen schwächte sich der Preis- und Lohnanstieg überwiegend weiter ab.

In den meisten westeuropäischen Ländern haben die Unternehmen ihre Investitionen im Verlauf von 1984 erhöht, nachdem sich ihre Ertragslage schon im Vorjahr verbessert hatte. Einer stärkeren Aufwärtsentwicklung standen aber die nach wie vor hohen Kreditzinsen entgegen, zumal darunter auch die Absatzaussichten litten. Der Wohnungsbau ging insgesamt zurück. Die öffentlichen Investitionen sanken wegen der anhaltenden Konsolidierungsbemühungen fast überall.

Die konjunkturelle Verlangsamung spiegelt nicht zuletzt lagerzyklische Einflüsse wider. Auch der private Verbrauch ist kaum noch gestiegen, zumal die verfügbaren Einkommen real zumeist nur geringfügig oder gar nicht zugenommen haben. So veränderte sich das Arbeitsvolumen wenig, die Löhne stiegen in der Regel nicht nennenswert stärker als die Preise, und die Zunahme der Transfereinkommen wurde zumeist im Zuge der Konsolidierungsbemühungen vermindert. Überdies blieb die Verschuldungsbereitschaft gedämpft.

Die Ausfuhr der westeuropäischen Länder hatte im Winterhalbjahr 1983/84 kräftig zugenommen; seither expandiert sie deutlich langsamer. Zwar belebte sich zumeist der Export von Investitionsgütern, aber die Ausfuhr von Konsumgütern und Vorprodukten verlor an Dynamik. Die Lieferungen nach Nordamerika, die

zuvor als Folge des dortigen Konjunkturaufschwungs und der Dollaraufwertung boomartig zugenommen hatten, stiegen nunmehr schwächer. Die Ausfuhr in die OPEC- und die übrigen Entwicklungsländer sowie in die Staatshandelsländer hatte ihren Tiefpunkt schon 1983 durchschritten, doch hat sie sich seither erst wenig belebt. Die Expansion des innereuropäischen Warenaustausches ließ im Zuge der konjunkturellen Beruhigung tendenziell nach. Verschiedentlich haben sich die Leistungsbilanzen wieder passiviert, so in Großbritannien, Italien und Dänemark.

Bei der schwächeren Zunahme der Produktion hat sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschlechtert. Die Beschäftigtenzahl ging zumeist zurück, nachdem sie im Winterhalbjahr in mehreren Ländern stagniert oder leicht zugenommen hatte. Die Zahl der offenen Stellen nahm kaum noch zu. Diese Entwicklung ist vor allem deshalb so unbefriedigend, weil das Erwerbspersonenpotential nicht zuletzt aus demographischen Gründen weiter steigt. Die Zahl der Arbeitslosen erhöhte sich besonders stark in Frankreich, zumal die Regierung dort im Zuge der Sanierungsmaßnahmen die Beschäftigung weniger als vorher durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stützte. Die Arbeitslosenquote stieg für Westeuropa insgesamt auf rd. 11 vH.

Der Preisaufrtrieb hat sich in fast allen Ländern weiter verlangsamt. Vor allem die Bundesrepublik Deutschland, aber auch die Schweiz und die Niederlande sind der Geldwertstabilität recht nahe gekommen. Erhebliche Stabilisierungsfortschritte erzielten auch Frankreich und Italien. Das Inflationsgefälle hat sich dabei jedoch nur wenig vermindert.

Ausschlaggebend für die weiteren Stabilisierungsfortschritte war sicherlich die knappe Geldversorgung seit dem Sommer vorigen Jahres. Ihr preisdämpfender Einfluß war auch deshalb so groß, weil die Kapazitätsauslastung seit der Rezession lediglich leicht gestiegen ist und der Wettbewerb deshalb intensiv blieb. Aus den gleichen Gründen konnten die Importpreissteigerungen, die sich infolge der Abwertung der europäischen Währungen gegenüber dem Dollar ergaben, bislang nur teilweise überwältzt werden. Die Stabilisierung wurde auch von den Lohnkosten her begünstigt. Zwar verringerte sich in vielen Ländern die Produktivitätszunahme wieder, doch der Lohnauftrieb ließ weiter nach. Hierzu trugen häufig einkommenspolitische Maßnahmen bei. Schwächer stiegen die Lohnkosten auch in Italien und Frankreich, die im Stabilisierungsprozeß nachhinken.

Die konjunkturelle Entwicklung wird voraussichtlich bis weit in das Jahr 1985 hinein von der Wirtschaftspolitik nur geringe Impulse erhalten. Die geldpolitischen Instanzen haben den Stabilisierungskurs fortgesetzt, auf den sie auch wegen des kräftig stei-

genden Dollarkurses im Sommer 1983 eingeschwenkt waren. Seither nimmt die Geldmenge (M1) verschiedentlich nur noch mit einer Rate zu, die einer Potentialorientierung nicht mehr oder nur noch knapp gerecht wird. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß die monetäre Expansion bei nachlassendem Abwertungsdruck wieder stärker der Potentialentwicklung angepaßt wird.

Die Finanzpolitik bleibt in den meisten Ländern um Konsolidierung bemüht. Um das öffentliche Defizit weiter zu senken oder aber zumindest nicht rascher als das Sozialprodukt steigen zu lassen, werden nicht nur Abgaben erhöht, sondern es wird auch versucht, den Ausgabenanstieg zu dämpfen. In der Steuerpolitik überwiegt die Tendenz, Unternehmensinvestitionen zu fördern und den Verbrauch zu belasten.

Die bisherige Verbesserung der Rahmenbedingungen reicht nicht aus, um eine kräftige Zunahme der gewerblichen Investitionen herbeizuführen. Eine Beschleunigung ihres Anstiegs ist bei der erst begrenzten Verbesserung der Sachkapitalrendite und der erneuten Verlangsamung der Absatzausweitung nicht zu erwarten. Der private Verbrauch wird nur langsam expandieren. Die Bautätigkeit dürfte schon wegen der hohen Zinsen in den meisten Ländern gedämpft bleiben; der Wohnungsbau wird vermutlich sogar weiter zurückgehen. Die Binnennachfrage wird mithin nur verhalten zunehmen, und die konjunkturellen Nachfrageimpulse von außen, insbesondere aus den USA, werden nicht mehr so stark wie in diesem Jahr sein.

Insgesamt dürfte sich die konjunkturelle Expansion in Westeuropa in mäßigem Tempo fortsetzen. Das reale Bruttosozialprodukt insgesamt wird 1985 wie in diesem Jahr um rd. 2 vH zunehmen; freilich ist zu beachten, daß die Produktion im Jahr 1984 in wichtigen Ländern streikbedingt etwas gedrückt ist. Die Arbeitslosigkeit wird weiter leicht steigen. Die Teuerungsrate dürfte 1985 mit reichlich 5 vH nochmals niedriger sein als in diesem Jahr (knapp 6 vH).

Verlangsamung der Welthandelsexpansion

Die Impulse, die der Welthandel durch den Nachfrageanstieg in den Industrieländern — vor allem in den USA — erhielt, ließen im Laufe dieses Jahres nach. Die OPEC-Länder schränkten die Importe offenbar weiter ein. Dagegen nahmen die Bezüge der anderen Entwicklungsländer insgesamt seit Mitte vergangenen Jahres merklich zu. Alles in allem war der reale Welthandel im ersten Halbjahr 1984 um etwa 11 vH höher als ein Jahr zuvor. Auch wenn er nun merklich langsamer expandiert, wird sein Volumen im gesamten Jahr 1984 wohl um 8 bis 9 vH höher sein als 1983, zu zwei Dritteln aufgrund des hohen Überhangs.

Da sich die konjunkturelle Expansion in den Industrieländern in wenig verändertem Tempo fortsetzen dürfte, wird die gemäßigte Zunahme des Welthandels anhalten. Die Einfuhr der Erdölexportländer wird sich — nach fortgeschrittener außenwirtschaftlicher Anpassung — eher wieder etwas erhöhen. Die Nachfrage der anderen Entwicklungsländer wird voraussichtlich weiter steigen, aber eine deutliche Belebung ist nicht zu erwarten, da die Zinssteigerungen auf den internationalen Finanzmärkten im ersten Halbjahr 1984 und der Rückgang der Rohstoffpreise die Tendenz zur Besserung der Zahlungsbilanzlage und damit der Importfähigkeit wieder beeinträchtigt haben. Insgesamt dürfte der reale Welthandel im Jahresdurchschnitt 1985 um etwa 4 vH zunehmen.

Rohstoffpreise unter Druck

Die Nachfrage nach Industrierohstoffen ist seit dem Frühjahr offenbar nur wenig gestiegen. Dies ist wohl darauf zurückzuführen, daß sowohl der laufende Bedarf der Verarbeiter nicht mehr so stark zunahm als auch ihre Lagerdispositionen zurückhaltender wurden. Das Preisniveau auf Dollarbasis ermäßigte sich im Laufe des Sommerhalbjahres um fast 8 vH. Dies stand auch im Zusammenhang mit der Aufwertung des US-Dollars. Auf der Basis von Sonderziehungsrechten, bei der die Änderungen des Dollarkurses weniger durchschlagen, ergab sich ein Rückgang des Preisniveaus um 2 vH.

Bei der Verlangsamung des Aufschwungs in den USA und Japan sowie dem verhaltenen Produktionsanstieg in Westeuropa ist insgesamt mit einer auch weiterhin nur mäßigen Zunahme des Rohstoffverbrauchs zu rechnen. Insbesondere wird der Bedarf an NE-Metallen im Zuge der konjunkturellen Beruhigung in der Automobilindustrie und in der Bauwirtschaft nur wenig steigen. Die Verarbeiter werden unter diesen Umständen ihre Rohstoffbestände wohl eher ver-

ringern, zumal die Lagerhaltung wegen der hohen Zinsen sehr teuer ist.

Das Rohstoffangebot wird reichlich bleiben. Die Vorräte der Händler und der Produzenten haben sich zwar verringert, aber die Erzeugung steigt zumeist kräftig an. Vor allem die Entwicklungsländer sind auf einen höheren Export bedacht, um die Deviseneinnahmen zu vergrößern und damit ihre Verschuldungsprobleme zu mildern. Bei dieser Entwicklung von Angebot und Nachfrage werden die Preise für Industrierohstoffe unter Druck bleiben.

Der Verbrauch von Erdöl hat in den Industrieländern seit Mitte des vergangenen Jahres wieder deutlich zugenommen. Da aber zugleich die Vorräte in den Importländern verringert wurden und die Ölexportländer den Absatz zu steigern suchten, begannen die Ölpreise in den Sommermonaten nachzugeben. Daraufhin schränkte vor allem Saudi-Arabien die Produktion ein. Die Dollarpreise auf den Spotmärkten, auf denen mittlerweile bis zu einem Drittel des Weltrohölhandels abgewickelt wird, sind seither wieder leicht gestiegen. Für das Jahr 1985 ist eine geringere Zunahme des Erdölverbrauchs zu erwarten. Andererseits ist nicht mehr mit einer so starken Produktionssteigerung in den Nicht-OPEC-Ländern wie bisher zu rechnen. Da indes viele OPEC-Länder den Ölabsatz zu erhöhen suchen, werden die Preise auf den Weltmärkten eher nachgeben.

Auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel sind die Preise in den Sommermonaten überwiegend deutlich gesunken. Nach den letzten Schätzungen ist für die Saison 1984/85 mit erheblich höheren Ernten bei den wichtigsten agrarischen Produkten zu rechnen. Auf den maßgebenden nordamerikanischen Märkten trug offenbar auch die Aufwertung des Dollars dazu bei, daß sich viele Importländer mit Käufen zurückhielten. Der Angebotsdruck auf den Weltmärkten für Nahrungs- und Genußmittel wird bis in das Jahr 1985 hinein anhalten; die Preise werden weiter nachgeben.

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland

In der Bundesrepublik Deutschland setzte sich die wirtschaftliche Erholung im Jahre 1984 fort. Sie erhielt ihre Impulse vor allem vom Export, die Inlandsnachfrage expandierte eher schwach. Die Aufwärtsentwicklung wurde durch Streiks und Aussperrungen sowie deren Vor- und Nachwirkungen gestört und darüber hinaus von anderen Sonderfaktoren überlagert.

Im ersten Vierteljahr wurden aus Sorge vor Streiks die Lager nochmals stark aufgestockt. Auch im Ausland scheinen sich die Unternehmen mit „streikgefährdeten“ Erzeugnissen aus der Bundesrepublik vorsorglich eingedeckt zu haben. Außerdem wurden Einmalzahlungen wie Weihnachts- und Urlaubsgeld vorgezogen, um die zusätzliche Belastung mit Sozialabgaben zu vermeiden. Da überdies große Beträge an prämiengünstigten Spareinlagen frei wurden, stieg der private Verbrauch kräftig. Auf der anderen Seite fielen die Ausrüstungsinvestitionen von dem hohen Niveau, das sie vor Ablauf der Begünstigungsfrist erreicht hatten, zurück. Insgesamt überzeichnet die tatsächliche Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Produktion die konjunkturelle Grundtendenz bis zum Frühjahr.

Im zweiten Vierteljahr ließen die Arbeitskämpfe nicht nur die Produktion in den bestreikten und aussperrenden Bereichen des Fahrzeugbaus und des Druckereigewerbes tief fallen, sondern sie beeinträchtigten auch die Nachfrage und den Absatz zahlreicher vor- und nachgelagerter Bereiche. Die Produktion im Fahrzeugbau schrumpfte vom ersten zum zweiten Vierteljahr um rund 30 vH, die im Verarbeitenden Gewerbe um 5 vH, und das Bruttosozialprodukt sank um 1 1/2 vH.

Im dritten Vierteljahr versuchten zahlreiche Unternehmen, die streikbedingten Produktionsausfälle mit Hilfe von Sonderschichten, Überstunden und zeitweiser Einstellung von Hilfskräften aufzuholen. Die Produktion stieg kräftig und war im dritten Vierteljahr im Verarbeitenden Gewerbe wahrscheinlich um 2 1/2 vH höher als im ersten, die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1 1/2 vH.

Das Gewicht der Verwerfungen und Störungen läßt sich zur Zeit kaum zutreffend abschätzen, so daß das Tempo der konjunkturellen Besserung nicht hinreichend sicher zu erkennen ist. Vieles spricht indes dafür, daß sich die Aufwärtsentwicklung nicht gefestigt, sondern eher abgeschwächt hat. Die finanzpolitischen Anregungen liefen zum Teil aus, und die geldpolitisch bedingte Verminderung der monetären Expansion im Herbst 1983 dürfte ebenfalls dämpfend gewirkt haben. Gestützt wird die weniger zuversichtliche Einschätzung der Konjunktur durch den Ifo-Konjunkturtest, demzufolge das Geschäftsklima

auch zuletzt spürbar ungünstiger war als zu Beginn des Jahres.

Ausrüstungen nur wenig höher als im Vorjahr

Die Ausrüstungsinvestitionen fielen in den ersten Monaten des Jahres nach Ablauf der Begünstigungsfrist für die Investitionszulage und der dadurch ausgelösten Massierung am Jahresende zurück und wurden danach durch Streiks und Aussperrungen gedrückt. Die Verzerrungen durch den Fristablauf für die Investitionszulage betrafen vor allem die Lieferungen von Maschinen, die Störungen durch Streiks und Aussperrungen vor allem die von Fahrzeugen. Ein Teil der Ausfälle wurde indessen bereits nachgeholt. Die Investitionen in Datenverarbeitungsanlagen stiegen vergleichsweise stetig weiter und haben sich innerhalb von zwei Jahren verdoppelt.

Der Anstieg der Aufträge für Investitionsgüter, der in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres steil gewesen war, hat sich im Laufe dieses Jahres deutlich abgeschwächt. Hierzu hat beigetragen, daß das Baugewerbe seine Aufträge für Ausrüstungen wegen des Rückgangs der Nachfrage nach Bauten beträchtlich zurückgenommen hat.

Überraschend schwache Bauinvestitionen

Die Bautätigkeit nahm nur verhalten zu. Die Aufträge waren zwar aufgrund der zahlreichen staatlichen Förderungsmaßnahmen kräftig gestiegen, der Auftragsbestand hielt aber offenbar nicht lange vor; vermutlich wurden zahlreiche Aufträge zurückgenommen. Hinzu kam, daß die Bautätigkeit an bestehenden Gebäuden deutlich nachgelassen hat, nachdem die Förderung von Modernisierungs- oder Energiesparmaßnahmen ausgelaufen war.

Die Aufträge für den Wohnungsbau gehen nach wie vor zurück; für gewerbliche Bauten sind sie nicht weiter gesunken, und bei Tiefbauten hat sich die Aufwärtsentwicklung sogar leicht beschleunigt.

Dynamischer Außenhandel

Kräftige Anregungen erhielt die wirtschaftliche Entwicklung nach wie vor von der Ausfuhr, wenngleich auch sie von den Arbeitskämpfen nicht verschont blieb. Sie wurde vom Konjunkturaufschwung in den USA, der etwas höheren Investitionstätigkeit in den westeuropäischen Nachbarländern und nicht zuletzt von der realen Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar, aber auch gegenüber dem Yen und selbst ge-

genüber den meisten europäischen Währungen begünstigt. Gegenüber dem Dollar wertete sich die D-Mark innerhalb eines Jahres bis zum dritten Vierteljahr real, also nach Berücksichtigung der Inflationsunterschiede, um 11 vH ab, gegenüber dem Yen um 9 vH und gegenüber den europäischen Währungen um 2 vH.

Trotz des streik- und aussperrungsbedingten Einbruchs waren die Ausfuhren in die USA — dem inzwischen zweitwichtigsten Abnehmer von Exporten aus der Bundesrepublik — in den ersten acht Monaten dem Wert nach um die Hälfte höher als vor einem Jahr. Die Exporte in die Mitgliedsländer der EG nahmen weiterhin in mäßigem Tempo zu. Die Lieferungen in die Staatshandelsländer blieben dagegen schwach, die in die Länder der OPEC verringerten sich sogar noch. Zum Rückgang der Exporte in diese Länder trug bei, daß sich wegen des Golfkrieges und der anhaltenden Spannungen im Nahen Osten die Nachfrage zum erheblichen Teil auf militärische Güter richtet, für die andere Länder eher als die Bundesrepublik als Lieferanten in Betracht kommen oder die andere Länder ohne Vorbehalte zu liefern bereit sind.

Bei der Einfuhr von Waren, die ebenfalls von streik- und aussperrungsbedingten Störungen beeinflußt wurde, hat sich die Aufwärtsentwicklung deutlich abgeschwächt, und zwar bei allen Warengruppen. Die Abflachung erkärt sich nicht nur aus der wechselkursbedingten Verringerung der Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Anbieter gegenüber inländischen, sondern wohl auch daraus, daß die Erholung im Inland an Schwung eingebüßt hat.

Privater Verbrauch nahm nur leicht zu

Nachdem der private Verbrauch zu Jahresbeginn unter dem Einfluß der vorgezogenen Zahlungen an die Arbeitnehmer und wegen des Freiwerdens erheblicher Beträge aus Prämiensparverträgen kräftig gestiegen war, wurde er danach durch den Arbeitskampf gedrückt, freilich nicht in dem Maße, in dem Einkommen ausfielen. Die Haushalte reagierten auf die Einkommensausfälle mit einer erheblichen Einschränkung ihrer Ersparnis. Nach dem Arbeitskampf stiegen die Einkommen nicht zuletzt wegen Nachzahlungen und der Leistung von Überstunden kräftig an. Der private Verbrauch nahm indes nur leicht zu, da die privaten Haushalte zunächst einmal die finanziellen Reserven wieder aufstocken wollten.

In der Grundtendenz zeigt der Verbrauch eine recht flache Aufwärtsbewegung mit einer Jahresrate von rund einem Prozent. Gedrückt wird seine Entwicklung weiterhin von den Maßnahmen des Staates zur Rückführung seiner Defizite. Davon sind vor allem die Einkommensübertragungen an die privaten Haushalte betroffen. Die Lohn- und Gehaltssumme nimmt dage-

gen in diesem Jahr stärker zu als im Vorjahr, weil die Abnahme des Arbeitsvolumens weitgehend zum Stillstand kam. Der Anstieg des privaten Verbrauchs in den letzten 1 1/2 Jahren reichte gerade aus, um den Rückgang aus der Zeit der letzten Rezession wieder wettzumachen. In den konsumnahen Bereichen blieben die Absatzerwartungen gedrückt.

Staatsdefizit verminderte sich weiter

Die Verwerfungen und Störungen spiegeln sich zwar auch in den Einnahmen und Ausgaben des Staates wider, die Grundrichtung ist indes von den finanzpolitischen Beschlüssen geprägt, mit denen die Neuverschuldung des Staates weiter verringert und die Wachstumsbedingungen verbessert werden sollen. Bei den Ausgaben schlägt zu Buch, daß der Anstieg der Personalausgaben begrenzt und Übertragungen gekürzt werden. Dem stehen indes Steigerungen der Subventionen gegenüber. Die Ausgaben werden in diesem Jahr mit 3 vH ungefähr im gleichen Ausmaß zunehmen wie im vergangenen.

Bei den Einnahmen wirkt sich nicht nur die wirtschaftliche Erholung in verstärktem Aufkommen an Körperschaft- und Gewerbesteuer aus, sondern sie steigen auch deshalb, weil die Konsolidierung in erheblichem Maße über die Erhöhung von Steuern und Sozialabgaben betrieben wird. Hinzu kommt der Anstieg des Bundesbankgewinns. Insgesamt werden die Einnahmen mit 5,5 vH um 1 1/2 Prozentpunkte stärker zunehmen als im vergangenen Jahr.

Das Finanzierungsdefizit des Staates wird sich in diesem Jahr voraussichtlich um 15 Mrd. DM auf 30 Mrd. DM verringern. Die Sozialversicherungen werden dabei — nach einem ausgeglichenen Haushalt im vergangenen Jahr — einen Überschuß ausweisen. Er ergibt sich vor allem bei der Arbeitslosenversicherung, die voraussichtlich mit einem Überschuß von etwa 3 Mrd. DM abschließen wird. Er ist insbesondere auf die Konsolidierungsmaßnahmen in den letzten Jahren, darunter freilich auch auf die Verschiebung von Lasten zur Rentenversicherung, zurückzuführen. Daneben spielt eine Rolle, daß die Dauer der Arbeitslosigkeit zunimmt und immer mehr Arbeitslose vom Bezug von Arbeitslosengeld auf den von Arbeitslosenhilfe — diese wird vom Bund bezahlt — verwiesen werden. Das Defizit in der Rentenversicherung wird sich trotz erhöhter Beitragssätze nur wenig verringern.

Beschäftigung sank nur noch geringfügig

Die Schwankungen der Produktion schlugen sich fast ausschließlich in Veränderungen der Arbeitszeit und der Produktivität nieder. Die Zahl der Beschäftig-

ten blieb davon weitgehend unberührt. Ihr Rückgang ist nahezu zum Stillstand gekommen; dazu trug allerdings bei, daß mehr Arbeitslose als im Vorjahr im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eine Beschäftigung erhielten.

Die Zahl der Arbeitslosen hat sich weiter erhöht. In den letzten Monaten war sie etwa so groß wie vor einem Jahr — und das, obwohl immer mehr ausländische Arbeitslose in ihre Heimatländer zurückkehrten.

Auch auf dem Markt für Ausbildungsstellen hat sich die Lage verschlechtert. Die Wirtschaft stellte zwar abermals erheblich mehr Ausbildungsplätze bereit, gleichwohl waren Ende September mehr Lehrstellensuchende unversorgt als vor einem Jahr.

Rückgang der Teuerung setzte sich fort

Die Abschwächung des Preisanstiegs seit 1981, die durch die Anhebung der Mehrwertsteuersätze Mitte 1983 unterbrochen worden war, setzte sich in diesem Jahr wieder durch. Der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stieg im Sommerhalbjahr mit einer saisonbereinigten Jahresrate von lediglich einem Prozent. Das Vorjahresniveau wurde im September nur noch um 1,5 vH übertroffen. Eine so niedrige Rate war in den letzten fünfzehn Jahren nicht mehr zu verzeichnen gewesen.

Die Verringerung der Inflationsrate ist um so bemerkenswerter, als sich unter dem Einfluß der Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar die Einfuhren spürbar verteuerten; der Index der Durchschnittswerte der Einfuhr übertraf zuletzt den Vorjahresstand um rund 6 vH. Dem preistreibenden Auslandseinfluß standen jedoch in der auf Stabilisierung ausgerichteten Geld- und Finanzpolitik sowie in sinkenden Lohnstückkosten stark dämpfende Faktoren gegenüber. Ohne das zeitweilige Zusammentreffen besonders günstiger Umstände wäre die Inflationsrate allerdings kaum auf ein so niedriges Niveau gefallen. So sind in diesem Sommer — anders als im Vorjahr — die Preise für Mineralölprodukte spürbar zurückgegangen; zudem drückten reichliche Ernten zuletzt die Nahrungsmittelpreise.

Geldmengenausweitung in der Mitte des Zieltrichters

Die Zentralbankgeldmenge, die bis in die ersten Monate des Jahres hinein nur wenig gestiegen war, gelangte im Frühjahr in den durch laufende Raten von 4 bis 6 vH begrenzten Zieltrichter und bewegt sich seither etwa in seiner Mitte. Ihre Zunahme wurde fast ausschließlich von der Aufstockung der Spar- und Termineinlagen getragen. Die Kassenbestände von Unternehmen und privaten Haushalten haben sich seit

etwa einem Jahr nicht verändert; die Sichteinlagen sind sogar leicht gesunken.

Zu dieser Bevorzugung der Spar- und Termineinlagen trug bei, daß die Zinssenkung, die zu Jahresbeginn eingesetzt hatte, im Frühjahr ins Stocken geriet, ja sogar von einem Anstieg abgelöst wurde: In den USA verbesserten sich mit der kraftvollen Entfaltung des Aufschwungs die Gewinnaussichten, dadurch wurde Kapital auf die amerikanischen Märkte gelenkt, und der Dollar geriet in einen starken Aufwind. Die damit verbundene Verteuerung der Einfuhren rief Befürchtungen hervor, die Stabilisierung des Geldwertes in der Bundesrepublik werde gefährdet. Die Bundesbank hob daraufhin die Zuteilungssätze bei Offenermarktgeschäften schrittweise an. Sie stützte diese Politik Anfang Juli durch die Erhöhung des Diskontsatzes von 4 auf 4 1/2 %; allerdings wurde der zinssteigernde Effekt dieser Maßnahmen durch die gleichzeitige Aufstockung der Rediskontkontingente um 8 Mrd. DM abgeschwächt.

Nachdem auf dem amerikanischen Kapitalmarkt die Zinsen nachzugeben begannen, kam es im Spätsommer auch auf dem deutschen Kapitalmarkt zu einem Rückgang der Renditen von reichlich 8 % auf 7 1/2 %. Hierzu mag zuletzt auch beigetragen haben, daß die Kuponsteuer auf von Ausländern erworbene inländische Rentenwerte rückwirkend abgeschafft werden soll.

Ausblick

Auch die weitere konjunkturelle Entwicklung wird in der Bundesrepublik Deutschland von Sondereinflüssen überlagert sein, die zum Teil noch Reflex der arbeitskampfbedingten Produktionsausfälle vom Frühsommer sind, zum Teil mit den Fertigstellungsterminen zusammenhängen, die für Bauten aufgrund finanz- und wohnungsbaupolitischer Maßnahmen gelten. Insgesamt ist mit einer in der Grundtendenz aufwärtsweisenden Entwicklung von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und Produktion für den Rest dieses Jahres und für 1985 zu rechnen. Allerdings wird der Anstieg der Produktion schwach sein, zu schwach, um zu höherer Beschäftigung zu führen. Die dringend erforderliche Beschleunigung im Anstieg des Produktionspotentials wird nicht erreicht.

Die Prognose steht unter folgenden Annahmen und Setzungen:

- Die Expansion des Welthandels setzt sich etwa in dem — abgeschwächten — Tempo fort, auf das sie zur Jahresmitte 1984 eingeschwenkt ist.
- Der Dollar bleibt international stark. Das Verhältnis der D-Mark zum Dollar wird im Jahresdurchschnitt 1985 etwa dem im Jahre 1984 entsprechen.

Gegenüber europäischen Währungen wertet sich die D-Mark leicht auf.

- Das Preisniveau auf den Weltmärkten der wichtigsten Industrierohstoffe verändert sich kaum; der Dollar-Preis für Erdöl gibt leicht nach.
- Die Finanzpolitik folgt weitgehend dem Kurs, der für den Bund im Haushalt 1985 vorgezeichnet wurde. Der Ausgabenanstieg wird niedrig gehalten und das Staatsdefizit weiter vermindert.
- Die Bundesbank setzt für 1985 ein Geldmengenziel, das engen Anschluß an das diesjährige hält, und steuert die Zentralbankgeldmenge weiter in der Mitte des Zielrichters. Mit der Abschwächung der Kreditnachfrage, insbesondere des Staates und der Wohnungswirtschaft, ergibt sich Raum für eine Fortsetzung der Zinssenkungstendenzen auf dem Kapitalmarkt.
- Die tariflichen Stundenlöhne steigen etwas stärker als 1984, weil in wichtigen Bereichen die Vereinbarungen über die Verkürzung der Wochenarbeitszeit mit Lohnausgleich wirksam werden. Den Unternehmen entstehen zudem zusätzliche Arbeitskosten durch Vorruhestandsregelungen.

Export weiter expansiv

Die Warenausfuhr wird auch in den kommenden Monaten relativ kräftig zunehmen und die gewichtigste konjunkturelle Antriebskraft darstellen. Die Verlangsamung der Welthandelsexpansion wird dabei zunächst noch nicht auf die Tendenz der Warenausfuhr durchschlagen; sie wird noch überdeckt durch das Nachholen von streikbedingt ausgefallenen Lieferungen, aber auch durch die leicht steigende Nachfrage nach Investitionsgütern in den westeuropäischen Ländern, die den deutschen Exporteuren überdurchschnittlich zugute kommt. Im Dollarraum dürfte die günstige Wettbewerbsposition, die sich aus dem hohen Wechselkurs des US-Dollars ergibt, zum weiteren Gewinn von Marktanteilen führen. Im Jahresdurchschnitt 1984 wird die reale Warenausfuhr der Bundesrepublik um reichlich 8 vH höher sein als im Vorjahr; ohne die Streikeinflüsse wäre der Anstieg noch stärker.

Für das kommende Jahr ist mit einer weiteren deutlichen Erhöhung der Warenausfuhr zu rechnen. Die geringere Zunahme des Welthandels wird sich auf den deutschen Export nicht voll auswirken, da sich die Nachfrageexpansion auf den relevanten Märkten weniger verlangsamt. Insgesamt dürfte die Warenausfuhr um etwa $6 \frac{1}{2}$ vH höher sein als im Jahre 1984. Diese Rate ergibt sich zu einem nicht unerheblichen Teil aus dem Überhang.

Ausrüstungsinvestitionen deutlich höher

Die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen spiegelt in diesem Jahr die Investitionsneigung nicht wider. Wegen der streikbedingten Produktionsausfälle kam es bis zur Jahresmitte zu einem erheblichen Rückgang. Auch die Bestellungen von Investitionsgütern wurden in Mitleidenschaft gezogen, dabei mag die Zurückhaltung wegen der Unsicherheit über den Ausgang des Arbeitskampfes eine Rolle gespielt haben.

Nach dem Ende des Arbeitskampfes sind bei den Investitionsgüterherstellern die Aufträge aus dem Inland stark gestiegen und lagen zuletzt wieder auf dem hohen Niveau zur Jahreswende 1983/84. Dies läßt erwarten, daß im zweiten Halbjahr die Ausrüstungsinvestitionen wieder zunehmen, allerdings werden die streikbedingten Einbußen nicht voll aufgeholt werden. Im Jahresdurchschnitt wird sich nur ein leichter Anstieg ergeben.

Im Verlauf des kommenden Jahres ist eine weitere, wenn auch insgesamt relativ schwache Aufwärtsentwicklung der Ausrüstungsinvestitionen wahrscheinlich. Für eine Ausweitung sprechen die weiterhin günstigen Absatzchancen der Industrie im Ausland. Zudem haben sich die Finanzierungsbedingungen mit der Zunahme der Gewinne und dem jüngsten Rückgang der Zinsen verbessert. Schließlich besteht nach wie vor Modernisierungs- und Innovationsbedarf, in einigen Sektoren auch Bedarf an Kapazitätserweiterung. Belastend für die Investitionsneigung sind aber die nach wie vor nicht überwundene Schwäche der Inlandsnachfrage, die einer nachhaltigen Erhöhung der Erweiterungsinvestitionen entgegensteht, sowie die Ungewißheit, ob die günstigen Einflüsse von seiten der Auslandskonjunktur und der Wechselkursrelationen anhalten werden.

Die jüngsten Tarifvereinbarungen dürften Auswirkungen auf Umfang und Struktur der Investitionsneigung haben. Eine Weiterwälzung der sich ergebenden Mehrkosten ist zumindest kurzfristig kaum möglich, so daß die Erträge unter Druck geraten. Von daher ist eine Dämpfung der Investitionsneigung angelegt. Aufgrund der relativ steigenden Arbeitskosten dürfte der Anteil der Rationalisierungsinvestitionen zunehmen.

Für eine quantitative Prognose der Ausrüstungsinvestitionen im Jahre 1985 ist außerdem zu berücksichtigen, daß das Niveau am Jahresende 1984 wohl aufgrund von noch laufenden Nachholprozessen etwas überhöht sein dürfte. Die Aufwärtstendenz im Jahresverlauf 1985 wird mäßig sein; die prognostizierte jahresdurchschnittliche Erhöhung der Ausrüstungen von 5 vH überzeichnet also die konjunkturelle Tendenz.

Bauinvestitionen gehen zurück

Bei den Bauinvestitionen wird die Entwicklung im Jahre 1985 dadurch gedrückt, daß im Zusammenhang mit verschiedenen Förderungsmaßnahmen im Wohnungsbau und im Wirtschaftsbau Vorhaben vorgezogen worden sind. Dies kündigt sich schon seit geraumer Zeit in rückläufigen Baugenehmigungen und Auftragsvergaben an.

Besonders stark ist die Nachfrage im Wohnungsbau zurückgegangen. Impulse, die in absehbarer Zeit die Wohnbautätigkeit anregen könnten, sind nicht zu erkennen. Bei dem seit einigen Jahren nur geringen Anstieg der Einkommen ist das Bauen für viele potentielle Bauherren auch bei dem prognostizierten Rückgang der Zinsen nicht finanzierbar; der zumindest für einige Zeit bestehende Angebotsüberhang bei Immobilien und der davon ausgehende Druck auf die Preise dürfte zudem für viele auf die gegenwärtig noch attraktivere Alternative hinweisen. Zur Zurückhaltung bei neuen Engagements veranlaßt auch die Ungewißheit über die vorgesehene Reform der Wohnungsbauförderung, solange hier keine klare Entscheidung getroffen ist. Für die kommenden Monate ist allerdings eine Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen zu erwarten, da jene Wohnungen, die nach den Bauherrenmodellen gebaut werden und für die die Umsatzsteueroption noch gelten soll, nach der beabsichtigten Fristverlängerung bis März 1985 fertiggestellt sein müssen. Im Jahre 1985 werden die Wohnungsbauinvestitionen dagegen zurückgehen.

Bei Wirtschaftsbauten, für die die befristete Investitionszulage beansprucht werden soll, gilt das Jahresende 1984 als Fertigstellungstermin. Auch hier ist deshalb mit einem zunächst deutlichen Anstieg zu rechnen.

Die laufende Nachfrage, die nach dem durch die Investitionszulage ausgelösten Auftragsschub wieder auf das Ausgangsniveau zurückgefallen war, hat sich zur Jahresmitte stabilisiert und zeigt nun leicht steigende Tendenz. Dies spricht dafür, daß der Wirtschaftsbau nach einem Rückgang, der im Anschluß an den durch die Investitionszulage bedingten Schub zu erwarten ist, wieder steigt. Im Jahresdurchschnitt 1985 wird das Ergebnis indes nur wenig höher sein als in diesem Jahr.

Für die öffentlichen Bauinvestitionen zeichnete sich zuletzt ein Anstieg ab. Die Nachfrage steigt hier zwar schon seit geraumer Zeit, allerdings auf niedrigem Niveau. Vor allem die verbesserte Finanzsituation der Gemeinden wie wohl auch der Nachholbedarf sprechen für die Fortsetzung dieser Tendenz. Erhöhen dürften sich die Investitionen im Tiefbau, während der öffentliche Hochbau wohl noch zurückgehen wird.

Für die Bauinvestitionen insgesamt ist im kommenden Jahr ein leichter Rückgang zu erwarten. Ausschlaggebend ist die ungünstige Entwicklung im Wohnungsbau. Die für das Wachstum des Produktionspotentials im Unternehmensbereich wichtigen gewerblichen Bauinvestitionen erhöhen sich dagegen.

Verbrauchsanstieg bleibt flach

Der private Konsum wird auch im kommenden Jahr nur mäßig zunehmen. Die Aufwärtsentwicklung der Einkommen der privaten Haushalte wird zwar durch die Sparmaßnahmen im Zuge der staatlichen Konsolidierungspolitik nicht mehr so stark gedämpft wie im laufenden Jahr, aber die Besserung der Einkommenssituation wird durch die für 1985 vereinbarten Arbeitszeitverkürzungen begrenzt; nach dem gegenwärtigen Stand geht die tarifliche Wochenarbeitszeit für fast 5 Mill. Arbeitnehmer zurück. Die Lohnvereinbarungen mit Arbeitszeitverkürzung lassen die Stundenlöhne verstärkt steigen. Dies gilt jedoch nicht für die Einkommen der Arbeitnehmer, da nicht damit zu rechnen ist, daß die Arbeitszeitverkürzung zu einer nennenswerten Erhöhung der Beschäftigung führen wird, sei es in Form der Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte, sei es in Form einer Reduzierung der Kurzarbeit oder der Steigerung der Überstunden. Die Zahl der Beschäftigten wird indes kaum noch zurückgehen. Insgesamt wird die Brutto Lohn- und -gehaltssumme im Jahre 1985 in etwa gleichem Maße zunehmen wie im Vorjahr.

Ähnliches gilt für die Entwicklung des verfügbaren Einkommens. Die Sparquote dürfte sich im nächsten Jahr nicht merklich ändern; die Verbrauchsausgaben werden also in kaum verändertem Tempo expandieren. Da der Anstieg der Verbraucherpreise 1985 im Jahresdurchschnitt etwas geringer sein wird als 1984, wird sich die Zunahme des realen privaten Verbrauchs leicht verstärken. Mit 1,5 vH wird sie indes nach wie vor bescheiden bleiben.

Ausgaben des Staates steigen weiter schwach

Die Finanzpolitik steht auch 1985 im Zeichen der Konsolidierung. Zwar ist nicht mehr an Kürzungen von gesetzlichen Leistungen gedacht. Da die früher beschlossenen Maßnahmen weiter wirken, kommt es gleichwohl zu einem nur geringen Anstieg der Ausgaben. Ihre Zunahme wird voraussichtlich der Empfehlung des Finanzplanungsrates entsprechen, den Ausgabenanstieg mittelfristig auf jährlich 3 vH zu begrenzen.

Die Ausgaben für Zinsen werden wegen der geringeren Neuverschuldung und der Umschuldung zu

günstigeren Konditionen abgeschwächt zunehmen, die für Vermögensübertragungen wegen des Rückgangs der Investitionszulage-Auszahlungen. Die Personalausgaben werden dagegen verstärkt steigen: Die tariflichen Lohnanhebungen werden höher sein als in den Vorjahren, und die Einstellungspolitik wird nicht mehr so restriktiv wie bisher sein. Die Ausgaben für öffentliche Investitionen werden vor allem aufgrund der verbesserten Gemeindefinanzen wieder erhöht. Die Übertragungen an private Haushalte werden zwar etwas stärker steigen als 1984, aber ihre Zunahme wird unterdurchschnittlich bleiben.

Die Einnahmen des Staates werden schwächer als im Vorjahr, jedoch abermals stärker als die Ausgaben zunehmen. Der Anstieg der Steuereinnahmen wird deutlich geringer ausfallen als im laufenden Jahr, in dem sich noch die Erhöhung der Mehrwertsteuersätze auswirkt. Der Anstieg der Mehrwertsteuereinnahmen wird auch durch die Abschwächung der inländischen Nachfrageexpansion gedämpft. Ebenfalls konjunkturbedingt wird das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer — vor Abzug der Investitionszulage — erheblich weniger zunehmen als in diesem Jahr. Bei den Sozialversicherungsbeiträgen entfällt der Einnahmestieg aus der Ausweitung der Beitragspflicht für Sonderzahlungen.

Die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben des Staates wird sich weiter verkleinern; das Finanzierungsdefizit von Gebietskörperschaften und Sozialversicherung wird zusammen nur noch rd. 20 Mrd. DM betragen, nach rd. 30 Mrd. DM in diesem Jahr. Etwa ein Drittel des Rückgangs entfällt freilich auf die zu erwartende Zunahme des Bundesbankgewinns.

Wieder nur mäßige Zunahme der Produktion

Die vorliegende Prognose der gesamtwirtschaftlichen Nachfragekomponenten führt für 1985 zu einer Steigerungsrate des realen Sozialprodukts von 2 vH, nach 2,5 vH im Jahr 1984. Der Auslastungsgrad des Produktionspotentials wird sich kaum verändern. Etwas stärker als das reale Sozialprodukt wird die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes zunehmen, die des Bauhauptgewerbes wird dagegen sinken. Im tertiären Sektor dürfte sich die relativ stetige Aufwärtsentwicklung fortsetzen.

Mehr als üblich erschwert ist die Abschätzung der Arbeitsmarkteffekte, die sich aus dem prognostizierten Produktionsanstieg ergeben, denn die Reaktionen von Unternehmen und Arbeitnehmern auf die Verkürzung der Wochenarbeitszeit und die Vorruhestandsregelungen sind noch ungewiß. Auf jeden Fall dürften die Arbeitsmarkteffekte 1985 kein großes Gewicht erreichen. Geprägt wird die Entwicklung am Arbeitsmarkt durch die schwache Expansion der Produktion. Nur im Dienstleistungsbereich ist eine leichte Erhöhung der Beschäftigtenzahl zu erwarten, im Verarbeitenden Gewerbe wird sie günstigstenfalls stagnieren, in der Bauwirtschaft merklich sinken.

Auf der anderen Seite wird das Erwerbspersonenpotential noch zunehmen. Auch wenn man berücksichtigt, daß weiterhin mehr ausländische Arbeitnehmer in ihre Heimatländer zurückkehren als neue zuwandern werden und die Vorruhestandsregelung in Anspruch genommen wird, steigt das Potential 1985 weiter an, schätzungsweise um 30 000 bis 40 000 Personen. Die anhaltend ungünstige Situation am Ar-

Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	Absolute Werte			Veränderung gegen Vorjahr in vH		
	1983	1984 ^a	1985 ^a	1983	1984 ^a	1985 ^a
Bruttosozialprodukt, real ¹ (Mrd. DM)	1 265,1	1 299	1 325	1,3	2,5	2
Beschäftigte Arbeitnehmer (Tsd. Personen)	21 960	21 860	21 850	-1,9	-0,5	0
Arbeitslose (Tsd. Personen)	2 258	2 270	2 280	.	.	.
Arbeitslosenquote (vH) ²	9,3	9,4	9,4	.	.	.
Verbraucherpreise ³	.	.	.	3,3	2,5	2
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)	+ 10,3	+ 10	+ 20	.	.	.
Finanzierungssaldo Staat (Mrd. DM)	- 45,5	- 30	- 20	.	.	.

¹ In Preisen von 1976. — ² Bezogen auf alle Arbeitnehmer (Beschäftigte und Arbeitslose). — ³ Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte.

^a Vorausschätzung der beteiligten Institute; Angaben gerundet.

beitsmarkt führt zu einer erneuten Vergrößerung der „Stillen Reserve“. Alles in allem dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen 1985 etwas höher sein als im Vorjahr.

Kräftiger Anstieg des Überschusses in der Leistungsbilanz

Während der Export 1985 nochmals deutlich steigen wird, dürfte der Import, bestimmt durch die verhaltene Expansion von Nachfrage und Produktion, dämpfende lagerzyklische Einflüsse sowie die wechselkursbedingt ungünstige Wettbewerbsposition vieler ausländischer Anbieter, relativ wenig zunehmen. Der reale Ausfuhrüberschuß wird daher erheblich steigen. Bei der vorausgesetzten Entwicklung des Außenwerts der D-Mark dürfte es zu keiner weiteren Verschlechterung der Terms of Trade kommen, so daß der Anstieg des realen Ausfuhrüberschusses für die Leistungsbilanz voll wirksam wird. Obwohl die Defizite bei Dienstleistungen und Übertragungen wieder steigen dürften, wird sich der Überschuß der Leistungsbilanz deutlich vergrößern, von rd. 10 Mrd. DM 1984 auf rd. 20 Mrd. DM im kommenden Jahr.

Anhaltend ruhiges Preisklima

Ganz so günstig wie im laufenden Jahr werden sich die Preise im Jahre 1985 nicht entwickeln. Zwar dürfte sich die Teuerungsrate der Einfuhren wegen der Abflachung der Weltkonjunktur, einem vermutlich sinkenden Dollarkurs und einer Aufwertung der D-Mark innerhalb des Europäischen Währungssystems gegenüber 1984 deutlich verringern, doch werden die Lohnstückkosten wieder steigen. Unter diesen Bedingungen ist mit einem etwas höheren Tempo des Verbraucherpreisanstiegs zu rechnen. Im Jahresdurchschnitt wird die Steigerungsrate bei rund 2 vH liegen. Damit wird ein hohes Maß an Preisstabilität erhalten bleiben.

Wirtschaftspolitische Überlegungen¹

Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik Deutschland hat sich in den letzten zwei Jahren spürbar gebessert. Die Rezession wurde überwunden, die Inflationsrate beträchtlich gesenkt, die Leistungsbilanz weist wieder einen Überschuß auf, und das staatliche Defizit wurde erheblich vermindert. Ein Teil der Erfolge ist freilich vorübergehend wirksamen Maßnahmen und Einflüssen zuzurechnen. Mit den bisherigen wirtschafts-, sozial- und tarifpolitischen Weichenstellungen wurde weder eine ausreichende Verstärkung der Wachstumsdynamik erreicht noch wurden die Kosten des Einsatzes von Arbeitskräften im Ver-

gleich zu denen von Kapital so vermindert, daß die dringend gebotene Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten eingeleitet wäre.

Im Jahr 1985 wird sich das Wachstum des realen Sozialprodukts verlangsamen. Die privaten Investitionen werden nach dem finanzpolitisch angeregten Schub wohl nur mit einer relativ bescheidenen Rate steigen, nicht genug, um ein höheres Potentialwachstum zu erreichen. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich nur deshalb nicht nennenswert verschlechtern, weil der Anstieg des Arbeitskräfteangebots — zum Teil durch administrative Maßnahmen und tarifvertragliche Vereinbarungen und mit negativen Wirkungen für die Beschäftigungsmöglichkeiten — vermindert wird.

Um mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen, sollten Geld-, Tarif- und Wirtschaftspolitik folgenden Grundsätzen entsprechen:

- Die Geldpolitik sollte konsequent potentialorientiert betrieben werden und auf jede unmittelbare Beeinflussung der Konjunktur- und Wechselkursentwicklung verzichten.
- Die Tarifpolitik sollte möglichst viel Raum für die Anpassung an regionale, branchenmäßige, ja auch betriebliche und individuelle Gegebenheiten lassen. Insbesondere sollte durch stärkere Marktorientierung bei der Entlohnung dafür gesorgt werden, daß bestehende Arbeitsplätze wieder besetzt und neue geschaffen werden.
- Die Wirtschafts- und Sozialpolitik sollte durch ordnungspolitische Weichenstellungen mehr private Initiative ermöglichen und herausfordern. Die Finanzpolitik sollte dies durch Senkung der Abgabenlast und Begrenzung der Staatsausgaben fördern. Dabei sollten Störungen der Nachfrageentwicklung möglichst vermieden werden.

Zur Geldpolitik

Angesichts der überraschend starken Abschwächung des Preisanstiegs stellt sich die Frage, wie hoch der Zuschlag für den kurzfristig kaum vermeidbaren Preisanstieg bei der Bemessung des Geldmengenziels anzusetzen ist und ob dieses Ziel niedriger sein soll als das für dieses Jahr.

Maßstab für die sachgerechte Bemessung des kurzfristig kaum vermeidbaren Preisanstiegs muß der Preisindex für das Bruttosozialprodukt sein, weil dieser Index die inlandsbedingte Verteuerung von Waren

¹ Die nachstehenden Ausführungen werden von drei der beteiligten Institute voll getragen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, vertreten zu einigen Punkten abweichende Auffassungen. Diese werden am Schluß dieses Gutachtens dargelegt.

und Leistungen erfaßt. Gemessen an diesem Index hat sich die Verteuerung in diesem Jahr, bedingt durch Sondereinflüsse, auf weniger als 2 vH abgeschwächt. Der Preisanstieg ist damit deutlich niedriger, als im Herbst 1983 von den Instituten mit 2 1/2 vH und von der Bundesbank mit 3 vH als unvermeidlich angesehen worden war. Die Inflationserwartungen haben zwar ebenfalls nachgelassen, allerdings wohl weniger stark als der aktuelle Preisanstieg. Hierfür spricht, daß Banken, Unternehmen sowie andere Institutionen in ihren Vorausschätzungen mittelfristig einen stärkeren Preisanstieg annehmen. Den mittelfristigen Haushaltsplanungen des Bundes und der Sozialversicherungen liegt ebenfalls eine höhere als die aktuelle Preissteigerungsrate zugrunde. Für das kommende Jahr sollte die Bundesbank den kaum vermeidbaren Preisanstieg unterhalb dieser Erwartungen, nämlich mit etwa 2 vH ansetzen.

Vorschläge, auf die abwertungsbedingte Verteuerung der Einfuhr und den damit verbundenen Anstieg der Konsumentenpreise mit einer Änderung der Geldpolitik zu reagieren, sind abzulehnen. Würde die Geldmenge stärker ausgeweitet, dann trüge das reichlichere Geldangebot dazu bei, daß sich die heimische Währung weiter abwertete. Dies würde das Risiko in sich bergen, daß im Inland ein Inflationsprozeß in Gang gesetzt wird, der die Absatzchancen, die sich den exportierenden und den mit Einfuhren konkurrierenden Unternehmen eröffnen, wieder vermindert. Würde dagegen der Verteuerung der Einfuhren mit einer Verknappung des Geldangebots begegnet, gerieten Produktion und Beschäftigung unter Druck.

Für 1985 sind in gewichtigen Tarifbereichen bereits Lohnerhöhungen sowie Arbeitszeitverkürzungen — sei es in Form einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder einer Verringerung der Lebensarbeitszeit — vereinbart worden, die den Kostendruck verstärken werden. Aller Erfahrung nach werden diese Vereinbarungen die Abschlüsse in anderen Tarifbereichen beeinflussen, so daß der Kostendruck auch im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt steigen wird. Die Bundesbank sollte sich hiervon bei der Bemessung ihres Geldmengenziels ebenfalls nicht beeinflussen lassen; weder sollte sie deshalb die Rate für den als kurzfristig unvermeidbar anzusehenden Preisanstieg höher ansetzen, noch sollte sie ihre Geldmengenausweitung deshalb drosseln. Eine stärkere Geldmengenexpansion würde bedeuten, daß sie sich den Daten, die die Tarifparteien setzen, anpaßt und die Zunahme des Lohnkostendrucks monetär alimentierte; eine niedrigere würde Produktion und Beschäftigung beeinträchtigen.

Bei der Festsetzung des Geldmengenziels ist dem Potentialwachstum der Wirtschaft Rechnung zu tragen. Derzeit wächst dies mit 2 vH weniger stark, als

mittelfristig möglich und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit notwendig ist. Damit ein stärkeres Wachstum des Produktionspotentials von der monetären Seite her nicht erschwert wird, sollte sich die Bundesbank nicht an der gegenwärtigen Wachstumsrate des Produktionspotentials orientieren, sondern an der mittelfristig möglichen, für die eine Größenordnung von 2 1/2 vH anzusetzen ist.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die Relation von nominalem Sozialprodukt zu Zentralbankgeldmenge — die sogenannte Umlaufgeschwindigkeit — seit Anfang der siebziger Jahre rückläufig ist. Hierbei handelt es sich nicht um ein zyklisches, sondern vielmehr um ein trendmäßiges Phänomen. Die Entwicklung der Zentralbankgeldmenge wird nicht nur von jenen finanziellen Aktiva bestimmt, die die Nichtbanken als Kassenbestand zur Finanzierung von Umsätzen halten, sondern auch von der Entwicklung der Spar- und Termineinlagen, die mittel- und langfristig als Geldvermögen gehalten werden. Diese Einlagen steigen im Trend deutlich stärker als das Sozialprodukt, in den letzten Jahren freilich haben sich die Tempounterschiede etwas vermindert. Für den trendmäßigen Rückgang der Umlaufgeschwindigkeit sollte bei der Bemessung des Geldmengenziels ein Zuschlag gemacht werden, weil anderenfalls für die Ausweitung der Kassenbestände und der Umsätze zu wenig Zentralbankgeld zur Verfügung steht und damit die Zinsen hoch gehalten werden. Die Trendrate des Rückgangs beträgt, je nachdem, welcher Stützbereich der Berechnung zugrunde gelegt wird, zwischen 0,5 und 1 vH je Jahr. Wegen der sich andeutenden Verlangsamung sollte der Zuschlag mit 0,5 vH je Jahr angesetzt werden.

Aus all diesen Überlegungen ergibt sich für die wachstums- und stabilisierungsgerechte Ausweitung der Zentralbankgeldmenge im Jahr 1985 ein Richtmaß in der Größenordnung von 5 vH. Das entspricht etwa jener Rate, mit der die Zentralbankgeldmenge im bisherigen Verlauf dieses Jahres gestiegen ist.

Nach den Erfahrungen mit der diesjährigen Lohnrunde, in der Vereinbarungen für mehrere Jahre getroffen wurden, sollte sich die Bundesbank nicht darauf beschränken, das Geldmengenziel nur für das jeweils kommende Jahr bekanntzugeben, sondern auch den Kurs für die folgenden Jahre.

Durch die Ausschüttung des Bundesbankgewinns, der etwa 14 Mrd. DM betragen dürfte, wird 1985 erheblich mehr Zentralbankgeld geschaffen, als für die wachstums- und stabilisierungsgerechte Ausweitung der Zentralbankgeldmenge notwendig ist. Zudem ist nicht auszuschließen, daß die D-Mark im Europäischen Währungssystem an Stärke gewinnt und sich die Bundesbank zu Devisenkäufen gezwungen sieht. Solche Überschüsse an Liquidität gilt es abzuschöp-

fen. Dabei sollte die Bundesbank weiterhin auf eine Erhöhung der Mindestreservesätze verzichten und sich statt dessen ihres offenmarktpolitischen Instrumentariums bedienen. Da sie ihre Wertpapierbestände bereits im Laufe dieses Jahres deutlich verringert hat, käme vor allem der Verkauf von zusätzlichen Mobilisierungs- und Liquiditätspapieren in Betracht.

Zur Tarifpolitik

Vieles spricht dafür, daß die tarifpolitischen Entscheidungen des Jahres 1984 die Entfaltung größerer Wachstumsdynamik und die Verbesserung der Beschäftigungslage hemmen. Zwar steigen in diesem Jahr die Effektivverdienste weniger als Produktivität und Preise zusammen. Für 1985 wird trotz der zusätzlichen Steigerung der Stundenlohnsätze durch die Arbeitszeitverkürzung nicht damit gerechnet, daß sich die Verteilungssituation zu Lasten der Gewinne verändert. Dennoch ist die Tarifpolitik als nicht problemgerecht einzustufen: Aufgabe muß es sein, allen Arbeitswilligen die Chance auf Beschäftigung zu geben. Dazu müssen im Durchschnitt die Reallohnsteigerungen nachhaltig hinter dem verteilbaren Produktivitätsfortschritt zurückbleiben. Dabei ist zu bedenken, daß die Lohnkosten 1985 wie in vielen Jahren zuvor nur deshalb nicht stärker steigen — und die Produktivität nur deshalb so stark zunimmt —, weil die Unternehmen auf die mit weitgehendem Lohnausgleich verbundene Arbeitszeitverkürzung mit forcierter Rationalisierung, das heißt höherem Kapitaleinsatz, reagieren werden.

Die Kosteneffekte der Tarifpolitik können wegen der Verkürzung der Arbeitszeit weniger als sonst an den Wirkungen auf die Einkommen der Arbeitnehmer abgelesen werden. Die Verringerung der Arbeitszeit, ob in Form der Wochenarbeitszeit, des Vorruhestands oder zusätzlicher freier Tage, wirkt wie eine — recht massive — Erhöhung der Lohnnebenkosten.

Sofern die Verkürzung der Arbeitszeit flexibel gemäß den Wünschen der einzelnen Arbeitnehmer und Betriebe gehandhabt wird und die Begünstigten auch die Kosten tragen, bliebe zwar auch dies nicht ohne Folgen für das Wachstum; dann aber wären die Ergebnisse gewollt, und neue Risiken für die Beschäftigung entstünden im Prinzip nicht.

Die tarifpolitischen Entscheidungen in bezug auf die Arbeitszeit tragen dem Erfordernis der Flexibilität formal zum Teil Rechnung. Die Kosten der Arbeitszeitverkürzung in Form des Vorruhestandes werden zu einem erheblichen Teil aber auf die Beitragszahler der Sozialversicherung und letztlich auch die Steuerzahler übertragen. Zudem spricht vieles dafür, daß die formal mögliche Flexibilität in vielen Fällen nicht in betriebliche Praxis umgesetzt wird. Dies gilt beim

Vorruhestand, weil es einen erheblichen sozialen Druck geben wird, von dieser Regelung Gebrauch zu machen. Es gilt bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit, weil die IG-Metall auf eine schematische Lösung drängt. Es erweist sich aber auch, daß die für die Metallindustrie gefundene Regelung schwierig umzusetzen ist.

Die Gefahr ist also offenkundig, daß die Einsatzzeiten knapper Mitarbeiter noch kürzer und damit die Wachstumschancen gemindert werden. Will man dies vermeiden, entstehen höhere Kosten, z.B. für Überstunden. Auch spricht vieles dafür, daß die Nutzungsdauer der Maschinen und Anlagen im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt als Folge der Arbeitszeitverkürzung abnimmt. Damit sinkt tendenziell die gesamtwirtschaftliche Rentabilität und verschlechtern sich die Chancen des Produktionsstandortes Bundesrepublik Deutschland.

Aber nicht allein die Schritte zur Verkürzung der Arbeitszeit müssen kritisiert werden; auch die tariflichen Lohnsteigerungen geben Anlaß zur Sorge. So wurde erneut gegen die Prinzipien einer an der wirtschaftlichen Lage orientierten Lohnpolitik verstoßen. Die Lohnabschlüsse wurden nach wie vor kaum nach der Ertragslage differenziert. Auch blieben die Tarifloohnerhöhungen nicht so niedrig, daß sich die Differenzierung der Entlohnung über die Lohndrift vollziehen könnte. Zu kritisieren ist der Verlauf der Tarifaus-einandersetzung im öffentlichen Dienst. Dort fehlt auf beiden Seiten die gebotene Zurückhaltung. Sowohl die Forderungen der Gewerkschaften als auch das erste Angebot der Arbeitgeber lassen, ebenso wie die Lohnverhandlungen in anderen Bereichen, den Eindruck entstehen, es gelte allein die Belange jener zu vertreten, die beschäftigt sind.

Um die Lage am Arbeitsmarkt nachhaltig zu verbessern, müssen die Tarifparteien Lösungen finden, die stärker marktorientiert sind. Die Tarifabschlüsse sollten nach Branchen und Regionen, aber auch nach Qualifikationen differenziert werden. Diese in den fünfziger und auch in den sechziger Jahren gängige Praxis sollte reaktiviert werden. Zu mehr Differenzierung könnte auch eine Kombination von vergleichsweise niedrigen Lohnsteigerungen mit Gewinnbeteiligung beitragen. Ähnliches wurde jüngst bei Lohnabschlüssen in der amerikanischen Automobilindustrie vereinbart. Das japanische System der Bonuszahlungen entspricht ebenfalls diesem Prinzip. Eine Absicherung gegen unvorhergesehene Risiken könnte mit der Zulassung von Öffnungsklauseln in Tarifverträgen erreicht werden, die in Fällen einer betrieblichen Notlage auf Beschluß von Unternehmensleitung und Betriebsrat eine untertarifliche Entlohnung erlauben. Um die Chance für die Berufsanfänger zu vergrößern, sollten die Eingangsvergütungen gesenkt, minde-

stens aber ihre jährliche Steigerung für einige Zeit ausgesetzt werden.

Die gewünschte Effizienz auf dem Arbeitsmarkt könnte ebenso wie auf anderen Märkten im Prinzip durch die Zulassung von Außenseiterkonkurrenz, d.h. die Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, erreicht werden. Über die Nebenwirkungen und damit die politische Wünschbarkeit einer solchen Lösung bestehen zwischen den beteiligten Instituten Auffassungsunterschiede.

Zur Wirtschafts- und Finanzpolitik

Wichtigstes Anliegen der Wirtschaftspolitik in den vergangenen zwei Jahren war die Verringerung des Staatsdefizits. Sie ist auf diesem Wege ein beachtliches Stück vorangekommen, und die dämpfenden Nachfrageeffekte waren weniger gravierend als weit hin erwartet. Wenngleich die vertrauensfördernde Wirkung dieser Politik nicht unterschätzt werden darf, so zeigt doch der anhaltende Mangel an Investitionsdynamik, daß insgesamt zu wenig geschehen ist, um die Wachstumsbedingungen durchgreifend zu verbessern.

Nachteilig macht sich bemerkbar, daß die Konsolidierung zum Teil durch Anhebung von Steuern und Abgaben betrieben wurde, wobei die Steuergesetzgebung noch komplizierter wurde, beispielsweise durch die Einführung von Einkommensgrenzen oder durch die Erhebung der Zwangsanleihe. Hinzu kam die anhaltend starke, teilweise sogar erhöhte Subventionierung unrentabler Produktionszweige.

Mit den vom Bundeskabinett verabschiedeten Entwürfen des Beschäftigungsförderungsgesetzes und der Einkommensteuerreform ergreift die Regierung Maßnahmen in zwei für die Entfaltung der Wachstumskräfte wichtigen Bereichen. Die vorgeschlagenen Schritte gehen zwar in die richtige Richtung, doch bleiben sie deutlich hinter dem zurück, was notwendig wäre, um das Wachstum nachhaltig zu fördern. Mit der beschlossenen Senkung der Lohn- und Einkommensteuer wird die Grenzbelastung des Einkommens, auf die es für die Leistungsanreize ankommt, 1988 kaum niedriger sein als 1982.

Bedenklich ist zudem, daß die Überlegungen immer zahlreicher werden, zusätzliche öffentliche Mittel für Regional-, Arbeitsmarkt- und Technologieprogramme einzusetzen. Solche Maßnahmen haben sich in der Vergangenheit zumeist als relativ teuer und wirkungslos erwiesen, versuchen doch die Wirtschaftssubjekte, wenn es diese Programme gibt, vor allem staatliche Mittel zu erlangen, anstatt sich in Eigenverantwortung am Markt um Lösungen für ihre Probleme zu bemühen. Gleichzeitig scheint die Neigung zuzunehmen, die Beschneidung sozialer Leistungen zum Teil

wieder zurückzunehmen. Selbst eine Finanzierung über höhere Beitragssätze wird wieder in Betracht gezogen.

Bei der Reform der Lohn- und Einkommensteuer kommt es entscheidend darauf an, die Bereitschaft zu fördern, mehr zu leisten, mehr Verantwortung zu übernehmen, im Beruf vorwärtszustreben, mehr zu investieren und dabei auch höhere Investitionsrisiken einzugehen. Um dies zu erreichen, sollte der Tarif — wie von den Instituten im Frühjahrsgutachten 1984 vorgeschlagen — so gestaltet werden, daß die Grenzbelastung von der unteren Proportionalzone bis zum Spitzensteuersatz stetig ansteigt. Eine solche Korrektur muß Vorrang vor einer Familienkomponente haben. Denn auch aus familienpolitischer Sicht ist es wichtiger, zuerst die Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen zu verbessern, weil nur dann familienbezogene Maßnahmen auf Dauer finanziert werden können. Da die Besserung der Wachstumsbedingungen so dringlich ist, sollte die Reform des Steuertarifs 1986 in einem Schritt in Kraft gesetzt werden.

Um die Bereitschaft zu erhöhen, in zusätzliche Produktionskapazitäten zu investieren, mehr Personal einzustellen und neue Unternehmen zu gründen, müssen die staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftskreislauf reduziert und Regulierungen abgebaut werden. Die ständigen Versuche, den Wirtschaftsablauf zu korrigieren, führen dazu, daß unternehmerische Entscheidungen stärker an kurzfristigen wirtschaftspolitischen Kriterien als an der Marktentwicklung orientiert werden. Mittel- und langfristige Investitions- und Beschäftigungsentscheidungen erfordern jedoch eine Konstanz der Rahmendaten. Bei der Forderung nach weniger staatlichen Eingriffen und Regulierungen wird allzu oft nur an Maßnahmen wie das Entrümpeln der Bauordnung gedacht. In Wirklichkeit muß diese Aufgabe weit umfassender verstanden werden. So gilt es, überall dort, wo Monopole, auch öffentliche, den Marktzugang verhindern, den Wettbewerb zuzulassen. Durch Privatisierung staatlicher Aktivitäten würden die Leistungen stärker an die Bedürfnisse der Bürger angepaßt und die staatlichen Haushalte entlastet.

Obwohl über die Notwendigkeit, Subventionen zu kürzen, allgemein Übereinstimmung besteht, haben Bund und Länder die Subventionen sogar erhöht. Dies zeigt, wie schwer sich die Regierungen tun, Kürzungen an einzelnen Subventionen vorzunehmen oder Forderungen nach zusätzlicher Unterstützung abzuwehren. Während auf der einen Seite Geldvermögensbildung und Wohnungsbau mit erheblichem Aufwand subventioniert werden, wird auf der anderen Seite vom Staat verlangt, die Risikokapitalbildung, die Forschung und Unternehmensgründungen zu unterstützen, obwohl auch hier, bei hinreichenden Ertragsaussichten, an privater Initiative kein Mangel bestehen

dürfte. Bedenkt man außerdem die Mißbrauchsmöglichkeiten, so bleibt nicht viel Vertrauen in eine „rationale“ Subventionspolitik. Für Leistungsanreize und effiziente Faktorallokation bedarf es einer entschlossenen Verminderung der Subventionen. Die Interdependenzen, die sich aus dem eng geknüpften Netz der Subventionsgewährung ergeben, lassen ebenso wie das Argument der politischen Durchsetzbarkeit die lineare Kürzung der Subventionen als eine erwägenswerte Alternative erscheinen. Bei einer solchen Strategie würde es auch weniger schwer fallen, Einzelforderungen abzuwehren.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, und das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, München, können sich der Kritik der Mehrheit der Institute an den in der diesjährigen Tarifrunde vereinbarten Lohnerhöhungen und Wochenarbeitszeitverkürzungen nicht anschließen. Die Wirkungen dieser Vereinbarungen auf die Kosten- und Ertragslage der Unternehmen und damit auf Investitionen, Wachstum und Beschäftigung hängen ganz erheblich davon ab, inwieweit die vorgesehenen Möglichkeiten für eine flexiblere, auf die betrieblichen Gegebenheiten mehr Rücksicht nehmende Arbeitszeitgestaltung in die Praxis umgesetzt werden. Kommt es zu einer flexibleren Gestaltung, dann ergeben sich zusätzliche Produktivitätssteigerungen aus einem effizienteren Arbeitseinsatz auch ohne eine Forcierung der Rationalisierung mit höherem Kapitaleinsatz, und die effektive Nutzungsdauer der Betriebsanlagen braucht dann nicht entsprechend abzunehmen; in Phasen schwacher Nachfrage blieb auch bisher die tatsächliche hinter der theoretisch möglichen Nutzungsdauer zurück. Bei Flexibilisierung erscheint auch die Gefahr der zu knappen Verfügbarkeit von Mitarbeitern gering. Im Hinblick auf die Kostenbelastung durch die neuen Regelungen ist schließlich die teilweise Anrechnung des Lohnausgleichs auf die „normale“ Lohnerhöhung

zu berücksichtigen. Es gibt freilich Anzeichen dafür, daß die IG-Metall versucht, die Einführung flexibler Arbeitszeiten zu verhindern. Würde sie sich damit durchsetzen, so wären in der Tat negative Effekte zu befürchten.

Das DIW vertritt darüber hinaus zu folgenden Problemen eine abweichende Meinung:

Ohne Zweifel gibt es eine Reihe von Eingriffen in das Wirtschaftssystem, die die Aktivitäten hemmen oder fehlleiten und die deshalb aufgehoben werden sollten. So weitgehende ordnungspolitische Veränderungen, wie sie von den anderen Instituten zur Verbesserung der Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen empfohlen werden, sind jedoch nicht erforderlich.

Ein mittelfristig stärkeres Wirtschaftswachstum ist nur zu erwarten, wenn die Finanzpolitik von ihrer restriktiven Linie abgeht. Auch solche Steuersenkungen, die eine familienpolitische Komponente enthalten, tragen über ihre nachfrage- und angebotspolitischen Wirkungen zu einer Wachstumsstärkung bei. Notwendig ist zudem auch eine Revision des Ausgabenpfades. Insbesondere die öffentlichen Investitionen müssen aus Bedarfs-, Wachstums- und Beschäftigungsgründen deutlich stärker gesteigert werden als in den Finanzplänen vorgesehen.

Empfängt die Wirtschaft auf diese Weise Impulse von der Finanzpolitik, statt von dieser in ihren Entfaltungsmöglichkeiten eingeengt zu werden, ergeben sich auch für die Lohnpolitik andere Verhaltensregeln, als sie die Mehrheit der Institute für geboten hält. Zwar ist auch dann das von der Produktivitätsentwicklung her mögliche Ausmaß der Reallohnsteigerungen zu beachten; ein nachhaltiges Zurückbleiben der Lohnsteigerungen hinter dem verteilbaren Produktivitätsfortschritt wäre jedoch nicht erforderlich, sondern für die Entwicklung der Gesamtnachfrage sogar belastend. Dies gilt insbesondere nach den Reallohnsenkungen in den letzten Jahren.

Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1984 und 1985

	1983 ¹	1984 ²	1985 ²	1984		1985	
	Jahre			1. Hj. ¹	2. Hj. ²	1. Hj. ²	2. Hj. ²

1. Entstehung des Sozialprodukts
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-1,7	-0,5	0	-0,5	0	0	0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,1	0	-0,5	-0,3	0,5	0,5	-1
Arbeitstage ³	0	0	-0,5	0,4	-1	-1	0,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,8	-0,5	-1	-0,4	-0,5	-0,5	-1
Produktivität ⁴	2,6	3	3	2,6	3,5	3	2,5
Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976	1,0	2,5	2	2,2	3	2,5	1,5

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	947,2	982,5	1018,5	475,5	507	492	526,5
Staatsverbrauch	334,2	344,5	357,5	159,7	184,5	166	191,5
Anlageinvestitionen	346,5	363,5	377,5	162,4	201	173	204,5
Ausrüstungen	137,6	142,5	153	62,5	80	69,5	83,5
Bauten	209,0	221	224,5	99,9	121,5	103,5	120,5
Vorratsveränderung	4,9	14,5	12,5	13,1	1,5	9,5	3
Außenbeitrag	38,8	44	61	15,0	29	26	35
Ausfuhr	540,0	597,5	650	285,4	312	316	334
Einfuhr	501,3	553,5	589	270,5	283	290	299
Bruttosozialprodukt	1671,6	1748,5	1826,5	825,7	923	866,5	960

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	4,1	3,5	3,5	3,7	4	3,5	4
Staatsverbrauch	2,7	3	4	3,4	3	4	3,5
Anlageinvestitionen	4,8	5	4	4,1	5,5	6,5	1,5
Ausrüstungen	8,5	3,5	7,5	0,5	6	11	5
Bauten	2,5	6	1,5	6,4	5,5	4	-0,5
Ausfuhr	0,2	10,5	9	8,5	12,5	11	7
Einfuhr	0,1	10,5	6,5	11,5	9,5	7,5	5,5
Bruttosozialprodukt	4,5	4,5	4,5	4,2	5	5	4

3. Verwendung des Sozialprodukts in Preisen von 1976
a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	706,1	714,5	724,5	347,6	367	352,5	372
Staatsverbrauch	248,7	250	252	122,6	127,5	123,5	128
Anlageinvestitionen	256,5	263	267,5	118,0	145	123,5	144
Ausrüstungen	109,5	111	116	49,1	61,5	53	63
Bauten	147,0	152	151,5	69,0	83	70	81
Vorratsveränderung	3,8	13,5	11,5	10,1	3,5	7	4,5
Außenbeitrag	50,1	58	70	24,1	34	32,5	37,5
Ausfuhr	417,3	446,5	474	216,1	230,5	232	242
Einfuhr	367,2	388,5	404	192,0	196,5	199,5	204,5
Bruttosozialprodukt	1265,1	1299	1325,5	622,4	677	639	686,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	1,1	1	1,5	0,6	2	1,5	1,5
Staatsverbrauch	0	0,5	0,5	0,6	0,5	1	0,5
Anlageinvestitionen	3,1	2,5	2	1,4	3,5	4,5	-0,5
Ausrüstungen	6,1	1	5	-1,5	3,5	8,5	2
Bauten	0,9	3,5	-0,5	3,5	3,5	1,5	-2,5
Ausfuhr	-1,3	7	6	5,5	8,5	7,5	5
Einfuhr	0,5	6	4	7,0	4,5	4	4
Bruttosozialprodukt	1,3	2,5	2	2,2	3	2,5	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1983 ¹	1984 ²	1985 ²	1984		1985	
	Jahre			1. Hj. ¹	2. Hj. ²	1. Hj. ²	2. Hj. ²

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1976 = 100)
Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Privater Verbrauch	2,9	2,5	2	3,0	2	2	2,5
Staatsverbrauch	2,7	2,5	3	2,8	2	3	3
Anlageinvestitionen	1,7	2,5	2	2,6	2	2	2
Ausrüstungen	2,3	2	2,5	2,0	2,5	2,5	3
Bauten	1,6	2,5	2	2,8	2	2	2
Ausfuhr	1,5	3,5	2,5	2,8	4	3	2
Einfuhr	-0,4	4,5	2	4,2	4,5	3	1,5
Bruttosozialprodukt	3,2	2	2,5	2,0	2	2,5	2,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	915,4	946,5	980,5	443,6	503	460	520,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	742,3	766,5	794,5	359,4	407	373	421,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	510,2	520,5	535	246,7	274	254	281
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	362,0	388	412	180,1	208	195	217
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	297,9	320,5	342,5	147,4	173	161,5	181
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁵	280,9	306	326	148,2	157,5	157	169
Nichtentnommene Gewinne	17,1	14,5	16,5	-0,8	15,5	4,5	12
Volkseinkommen	1277,5	1334,5	1392,5	623,7	711	655	737,5
Abschreibungen	210,6	222	234,5	109,5	112,5	115,5	119
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	183,5	192	199,5	92,5	99,5	96	103,5
Bruttosozialprodukt	1671,6	1748,5	1826,5	825,7	923	866,5	960

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1,7	3,5	3,5	2,9	4	3,5	3,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1,4	3,5	3,5	2,9	3,5	3,5	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	0,4	2	3	1,6	2,5	3	2,5
nachrichtlich:							
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	3,4	4	4	3,6	4	4	3,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,3	2,5	3	2,2	3	3	2,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	11,2	7	6	5,3	9	8,5	4,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	12,9	7,5	7	4,6	10	9,5	4,5
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen ⁵	3,4	9	6,5	6,4	11,5	6	7
Volkseinkommen	4,2	4,5	4,5	3,5	5,5	5	3,5
Abschreibungen	5,1	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Indirekte Steuern abzüglich Subventionen	6,4	4,5	4	7,2	2,5	3,5	4,5
Bruttosozialprodukt	4,5	4,5	4,5	4,2	5	5	4

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	510,2	520,5	535	246,7	274	254	281
Empfangene laufende Übertragungen ⁶	290,2	293,5	300,5	146,3	147	149,5	151
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	319,7	346,5	367	169,6	177	178,5	188,5
Abzüge: Zinsen auf Konsumentenschulden	18,5	17,5	17,5	8,9	9	8,5	9
Geleistete laufende Übertragungen ⁷	32,5	34,5	36	16,1	18	17	19
Verfügbares Einkommen	1069,2	1108,5	1149	537,6	571	556,5	592,5
Privater Verbrauch	947,2	982,5	1018,5	475,5	507	492	526,5
Ersparnis	121,9	126	130,5	62,1	64	64,5	66
Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens (Sparquote)	11,4	11,5	11,5	11,5	11	11,5	11

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	0,4	2	3	1,6	2,5	3	2,5
Empfangene laufende Übertragungen ⁶	2,6	1	2,5	1,1	1	2	3
Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen	4,6	8,5	6	8,8	8	5,5	6,5
Verfügbares Einkommen	2,3	3,5	3,5	3,6	4	3,5	4
Privater Verbrauch	4,1	3,5	3,5	3,7	4	3,5	4
Ersparnis	-9,5	3,5	3,5	3,0	3,5	3,5	3,5

noch: Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1983 ¹	1984 ²	1985 ²	1984		1985	
	Jahre			1. Hj. ¹	2. Hj. ²	1. Hj. ²	2. Hj. ²
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁸							
a) Mrd. DM							
Einnahmen							
Steuern	414,7	439,5	459	206,5	233	216	243
Sozialbeiträge	290,3	303,5	315	142,2	161	148	167
Erwerbseinkünfte	29,7	30	32	15,8	14	17	15
Sonstige laufende Übertragungen	19,8	21,5	22	9,9	11,5	10	12
Empfangene Vermögensübertragungen	6,4	6,5	6,5	2,9	3,5	3	3,5
Einnahmen insgesamt	760,9	801	834,5	377,4	423,5	394	440,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	334,2	344,5	357,5	159,7	184,5	166	191,5
Zinsen	50,1	53	55,5	28,3	24,5	29,5	25,5
Laufende Übertragungen an	356,8	367,5	376,5	182,4	185	187	189,5
Private Haushalte	296,1	300,5	307,5	150,6	150	153,5	154
Unternehmen	34,6	38,5	39,5	17,2	21,5	18,5	21
Ausland	26,1	28	30	14,6	13,5	15,5	14,5
Geleistete Vermögensübertragungen	32,5	34	31,5	15,3	19	13,5	18,5
Nettoinvestitionen	32,9	32,5	33,5	12,5	20	13	20,5
Ausgaben insgesamt	806,4	831,5	854,5	398	433	409	445
Finanzierungssaldo	-45,5	-30,5	-20	-20,9	-9,5	-15,5	-4,5

b) Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,9	6	4,5	8,1	4	4,5	4,5
Sozialbeiträge	2,0	4,5	4	3,1	5,5	4	3,5
Erwerbseinkünfte	0,1	1	7	-22,3	51	8	6
Sonstige laufende Übertragungen	20,6	9	1,5	6,4	11,5	1	1,5
Empfangene Vermögensübertragungen	1,3	1,5	0	3,5	-0,5	-0,5	0,5
Einnahmen insgesamt	3,9	5,5	4,5	4,4	6	4,5	4
Ausgaben							
Staatsverbrauch	2,7	3	4	3,4	3	4	3,5
Zinsen	14,1	6	4,5	2,9	9,5	5	3,5
Laufende Übertragungen an	2,1	3	2,5	3,3	2,5	2,5	2,5
Private Haushalte	1,5	1,5	2,5	1,5	1,5	2	2,5
Unternehmen	4,7	11,5	1,5	13,0	10,5	6	-2
Ausland	5,6	8	5,5	12,1	4	5,5	6
Geleistete Vermögensübertragungen	3,1	4	-7,5	6,5	2	-13	-2,5
Nettoinvestitionen	-11,1	-0,5	3	-5,2	3	5	2
Ausgaben insgesamt	2,5	3	3	3,1	3	3	3

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1984) sowie eigene Berechnungen der Arbeitszeit und der Produktivität; Abweichungen in den Summen durch Rundung der Angaben in Mrd. DM bedingt. — 2) Vorausschätzungen der beteiligten Institute; Angaben gerundet. — 3) Veränderung der Zahl der Arbeitstage nur zur Hälfte berücksichtigt. — 4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1976 je Erwerbstätigenstunde. — 5) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden. — 6) Soziale Leistungen abzüglich der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen sowie der Eigenbeiträge der Rentner zur Krankenversicherung. — 7) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 8) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
 Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
 BTX-Systemnummer · 880 *

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp
 Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chavallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
 Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler,
 Dr. Wolfgang Watter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.
 Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.
 Zuzüglich Versandkosten.